

LENA STROTHMANN



Liebe Leserin,
lieber Leser,

der Bundestag hat in dieser Woche den Bundeshaushalt des laufenden Jahres 2006 beraten und verabschiedet. Durch die vorgezogene Bundestagswahl im vergangenen Jahr war eine rechtzeitige Beratung im Jahr 2005 nicht möglich gewesen.

Mit der Verabschiedung des Haushalts für das laufende Jahr 2006 hat die Große Koalition einen ersten Schritt auf dem steinigen Weg zu konsolidierten Bundesfinanzen getan.

Die Haushaltskonsolidierung ist keine kurzfristig zu lösende Aufgabe, sondern sie wird mehrere Legislaturperioden benötigen. Wir schieben jedoch die Aufgaben nicht vor uns her.

Die CDU/CSU verfolgt das Leitbild einer generationengerechten Politik. Daher dürfen zukünftig keine vermeidbaren Lasten auf die kommenden Generationen verschoben werden.

Ihre

Mit Reformen die Zukunft gestalten

Für die Union gehören nachhaltig stabile Staatsfinanzen zum Kern bürgerlicher Politik. Angela Merkel hat dies in ihrer Regierungserklärung in den Gesamtzusammenhang der Generationengerechtigkeit gestellt. Generationengerechte Haushaltspolitik bedeutet: Keine vermeidbaren Lasten auf die folgenden Generationen übertragen. Dieses ehrgeizige Anliegen umzusetzen ist eine längerfristige Aufgabe und wird für die nächsten Legislaturperioden unsere Leitlinie bleiben. Angela Merkel ging in ihrer Bundestagsrede auf das Gesamtkonzept der Großen Koalition ein, das heißt: Sanieren, Reformieren, Investieren:

Sanieren

Fest steht, dass wir in den vergangenen Jahren deutlich über unsere Verhältnisse gelebt haben. Viermal in Folge ist das europäische Stabilitätskriterium des Maastricht-Vertrages verletzt worden. Die Regelgrenze für die Verschuldung, die das Grundgesetz vorgibt, wurde verletzt. Zu Beginn der Koalitionsverhandlungen hat sich mit einem strukturellen Defizit von über 60 Milliarden Euro ein besorgniserregender Zustand gezeigt.

Mit anderen Worten: Jeder fünfte Euro den der Bund ausgibt, den hat er gar nicht. Dass dieses strukturelle Defizit abgebaut werden muss, versteht sich von selbst.

Das heißt, es bleibt der Großen Koalition nichts anderes übrig, als auch zu dem Mittel von Steuererhöhungen zu greifen.

Diejenigen, die sich einer sachlichen Betrachtung nicht verschließen – die Europäische Kommission, der Bundesrechnungshof, die Bundesbank, die OECD – weisen darauf hin, dass Steuererhöhungen immer problematisch sind, dass sie aber zur Konsolidierung der Haushalte notwendig sind.

Reformieren

Die wirtschaftliche Lage ist besser geworden. Die Bundesagentur für Arbeit benötigt erstmals seit vielen Jahren keinen erstmals keine Zuschüsse mehr. Die Zahl der Insolvenzen nimmt ab. Diese Entwicklung muss fortgesetzt werden.

Die große Koalition hat in den ersten sieben Monaten einiges bewegt, um Unternehmen mehr Luft zu geben und somit die Einstellung von Arbeitnehmern zu erleichtern:

- verbesserte Abschreibungsregelungen.
- veränderte Ist-Besteuerung
- die Beschleunigung von Infrastrukturmaßnahmen
- Mittelstandsentlastungsgesetz zum Bürokratieabbau
- CO2-Gebäudesanierungsprogramm

Der Maßstab muss weiterhin sein: Neue Vorschläge müssen seriös sein. Maßnahmen, die Geld kosten und erneut zu Lücken im Haushalt führen, nützen überhaupt nichts.

In den kommenden Monaten werden folgende noch ausstehende Reformen angepackt:

Deutschland braucht eine Unternehmensteuerreform. Es muss sichergestellt sein, dass unsere Unternehmen international wettbewerbsfähig arbeiten können, damit sie in Deutschland Steuern zahlen und nicht abwandern. Auch muss eine vernünftige Balance zwischen kleinen und großen Unternehmen geschaffen werden.

Der Ausbildungspakt wird fortgesetzt, um mehr zusätzliche Ausbildungsplätze zu erhalten. Es ist eine Notwendigkeit und eine Zukunftsinvestition, dass die jungen Menschen in diesem Lande eine Ausbildung bekommen, vorzugsweise eine betriebliche Ausbildung.

Die Eckpunkte zur Gesundheitsreform werden derzeit erarbeitet. Die Ziele der Gesundheitsreform sind eindeutig definiert: Alle Menschen in diesem Land und zwar unabhängig vom Alter und unabhängig vom Wohlstand des Einzelnen, sollen das medizinisch Notwendige und das medizinisch Mögliche bekommen. Dazu sind auch Strukturveränderungen notwendig und das hinsichtlich der Transparenz und hinsichtlich der notwendigen Trennung zwischen Einnahmen und Ausgaben. Nichts anderes verfolgt der Gedanke, der hinter dem derzeit viel diskutierten Fondsmodell steht.

Investieren

Diese Bundesregierung hat sich trotz des Konsolidierungskurses entschieden, weitere Mittel in wichtigen Bereichen zu investieren, um die wirtschaftliche Entwicklung zu beleben.

Dazu gehört die Frage: Wo können wir neue Arbeitsmöglichkeiten in einer sich verändernden Welt schaffen? Aus diesem Grunde wurde damit begonnen, die privaten Haushalte als Arbeitgeber zu entwickeln, durch die verbesserte Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen, von Kinderbetreuungskosten und von haushaltsnahen Dienstleistungen. Hier handelt es sich um ein beschäftigungspolitisches Zukunftsfeld, das in den nächsten Jahren systematisch weiterentwickelt werden muss.

Mit dem CO2-Gebäudesanierungsprogramm wurde ein weiterer Schwerpunkt gesetzt. Daneben wollen wir die Bauinvestitionen stärken und dabei mehr in die Verkehrsinfrastruktur investieren. In einem modernen Industrieland ist Mobilität insbesondere für Berufspendler unerlässlich. Angela Merkel sprach sich gegen ideologische Debatten darüber aus, ob in die Bahn oder in die Straße investiert wird. Stattdessen soll dafür gesorgt werden, dass man sich auf den verschiedenen Verkehrswegen in Deutschland vernünftig bewegen kann.

Auch das Elterngeld ist eine Investition in die Zukunft. Es steht für einen Paradigmenwechsel, weil Familienpolitik nicht mehr ausschließlich als Transfer- und Sozialpolitik verstanden wird. Vielmehr ist Familienpolitik auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe im umfassenden Sinne, die mit Sozial- und Berufspolitik zu tun hat. Mit dieser Neuerung müssen wir uns auseinander setzen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt auf der Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Innovation. Zum ersten Mal hat die Politik die Voraussetzungen in diesem Bereich umfassend erfüllt. Deshalb wird die Große Koalition auch die Wirtschaft auffordern, ihrerseits den notwendigen Beitrag zu leisten.

Herausgegeben von Lena Strothmann, MdB

Turnerstraße 5-9, 33602 Bielefeld, Tel. (0521)96 87 99 10, Fax (0521)96 87 99 11
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. (030)227-72 467, Fax (030)227-76 467
E-Mail: lena.strothmann@bundestag.de,
Lena Strothmann im Internet: www.lena-strothmann.de

